

Innenministerkonferenz

Polizistenmorde mahnen zu besserer Eigensicherung

Von Rüdiger Holecek

Sein Start als Vorsitzender der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder (IMK) begann mit einem Paukenschlag. "Autofahrer müssen vorsichtig sein: Polizei-Kontrolle jetzt mit Waffe", titelten die Zeitungen über Pläne der Innenministerkonferenz, als Reaktion auf die Häufung von Gewalttaten gegen Polizisten ein "neues Sicherungsverhalten der Polizei auch bei harmlosen Kontrollen" einzuführen. Fürsorglicher Rat an die Autofahrer: Hektische Bewegungen vermeiden! Dr Manfred Püchel (SPD), Minister des Innern des Landes Sachsen-Anhalt und seit Jahresbeginn IMK-Vorsitzender, versteht die ganze Aufregung nicht.

Aufgeregtheit gehört ohnehin nicht zu den Charaktereigenschaften des promovierten Biochemikers, der seit 1994 Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt ist. Der ehemalige Leiter des Kreiskrankenhauses Barendorf hält mehr von sorgfältiger Diagnose und überlegter Therapie. Das vergangene Jahr 2000 sei nicht nur durch die Ermordung von acht Kolleginnen und Kollegen, sondern auch durch zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte geprägt worden. Deshalb habe die Innenministerkonferenz bereits im Sommer vergangenen Jahres ein Maßnahmenbündel beschlossen, zu dem auch die Optimierung der Eigensicherungskonzeption für die deutsche Polizei gehörte, betonte der IMK-Vorsitzende gegenüber Vertretern des geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes und des Landesvorstandes Sachsen-Anhalt bei einem Treffen Ende Februar in Magdeburg. Dass sich einige Länder von der Initiative überrascht zeigten, verstehe er nicht. Auch der Zeitpunkt der Veröffentlichung sei abgestimmt, aber vielleicht einigen Ländern nicht mehr präsent gewesen, versicherte Dr. Püchel dem GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg. Ein verändertes Einschreiten und Auftreten von Polizeibeamtinnen und -beamten im Alltagseinsatz müsse jedoch der Öffentlichkeit erklärt werden, deshalb sollen Plakate und Faltblätter auch Hinweise darauf geben, wie Bürgerinnen und Bürger durch kooperatives Verhalten dazu beitragen können, Kontrollsituationen konfliktfrei zu halten. Die Botschaft gehe aber auch an die Polizei selbst.

Bei dem ersten Kontaktgespräch mit Dr. Manfred Püchel im Amt des IMK-Vorsitzenden brachten der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg und seine Stellvertreter Bernhard Witthaut und Heinz Kiefer, begleitet vom Vorsitzenden des GdP-Landesbezirks Sachsen-Anhalt, Karsten Schmidt, einen Katalog von Themen mit, der sich über die Einführung von INPOL-neu, die Bekämpfung des Rechtsextremismus, Castor-Transporte bis hin zu aktuellen Sicherheitsfragen erstreckte.



Von links: Inspekteur der Polizei Johann Lottmann, Leiter K Rolf-Peter Wachholz, Sachsen-Anhalts Innenminister und IMK-Vorsitzender Dr. Manfred Püchel, Abteilungsleiter II Frank Schlotter, Pressesprecher Dr. Schuppe, der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut, der Vorsitzende des GdP-Landesbezirks Sachsen-Anhalt, Karsten Schmidt, der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Heinz Kiefer und GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg.
[Foto: Holecek]

Personalintensiver Parallelbetrieb

Massive Kritik hatte die Gewerkschaft der Polizei an den Umständen der in diesem Jahr geplanten Einführung von INPOL-neu geäußert. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: "Wir befürchten, dass das neue bundesweite Informationssystem der Polizei finanziell zu einem Fass ohne Boden wird. Es ist absehbar, dass sich die Inbetriebnahme verzögert und ein kosten- und personalintensiver Parallelbetrieb notwendig sein wird. Mehrere Bundesländer haben bereits Bedenken angemeldet, dass sie überhaupt in der Lage seien, die Kosten für das neue System aufzubringen. Auch die Bundesländer, die ihre Vorarbeiten abgeschlossen haben und zeitgerecht INPOL-neu starten können, müssen nun mit hohem Kosten- und Personalaufwand auch das alte System weiter bedienen."

Der IMK-Vorsitzende versicherte, dass die Kritik der GdP sowohl Anfang April auf der Sitzung des Arbeitskreises II auf der Tagesordnung stehe und auf der nächsten Sitzung der IMK behandelt werde.

Auf Verständnis stießen beim neuen IMK-Vorsitzenden die Bedenken der Gewerkschaft der Polizei, Bundesgrenzschutz und Angehörige privater Sicherheitsdienste im Rahmen eines neuen Kooperationskonzeptes zu gemeinsamen Streifen in Zügen und auf Bahnhöfen zusammenzufassen. Freiberg: "Die Bürgerinnen und Bürger werden bald nicht mehr unterscheiden können, wer die tatsächliche Zuständigkeit für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung hat und wer nur im Rahmen des Hausrechts handelt. Eine wirkungsvolle Verbesserung der Sicherheit auf dem Bahngelände können gemeinsame Streifen nicht leisten."

Bessere Unterbringung bei Castor-Transporten

Heinz Kiefer, im geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständig für Großeinsätze, forderte den Vorsitzenden der Innenministerkonferenz auf, sich für eine Vereinheitlichung der bei länderübergreifenden Einsätzen wichtigsten Bestimmungen in den Polizeigesetzen einzusetzen. Es sei kaum zu vermitteln, so Kiefer, dass Einsatzkräfte bei länderübergreifenden Lagen in Deutschland mehrere Polizeigesetze auswendig lernen müssten, während auf EU-Ebene Bemühungen unternommen würden, eine Angleichung der Strafprozessordnungen der Mitgliedsländer zu erreichen. Bernhard Witthaut, stellv. Bundesvorsitzender und Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Niedersachsen, appellierte an den IMK-Vorsitzenden, sich dafür einzusetzen, dass bei der zu erwartenden "Dauerlage Castor-Transporte" durch gemeinsame Anstrengungen aller Länder und des Bundes auch dauerhaft ausreichende und menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten für die Einsatzkräfte geschaffen werden. Witthaut: "Diese Last kann das Land Niedersachsen nicht allein tragen."

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 4/2001](#))